

04.12.1989

Beschlußempfehlung

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Berichterstatter Abgeordneter Schmidt SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 04.12.1989/Ausgegeben: 04.12.1989

4907-2

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie vom Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie beraten.

Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/2415 und 10/2416 - dargestellt.

Im übrigen hat sich der Ausschuß für Frauenpolitik mit Kapitel 07 050 befaßt. Dem Beratungsergebnis, das aus der Vorlage 10/2406 (der Drucksache 10/4902 beigeheftet) ersichtlich ist, hat der Ausschuß Kinder, Jugend und Familie Rechnung getragen.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 - Drucksache 10/4915 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 30. November 1989 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befaßt. Er folgte den Empfehlungen der Fachausschüsse und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen.

Die SPD-Fraktion stellte die aus Anhang 1 (Blatt 1 bis 8) ersichtlichen Anträge:

1. Zu Kapitel 07 020 Titel 526 90 (Anhang 1 Blatt 1)

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

2. Zu Kapitel 07 020 Titel 526 20 und Titel 653 72 sowie Kapitel 07 210 Titel 532 00 (Anhang 1 Blatt 2)

Der Antrag zu Kapitel 07 020 Titel 526 20 schließt die Empfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, an dieser Haushaltsstelle 50.000 DM einzusparen, ein. Letztlich beinhaltet er noch ein weiteres Einsparvolumen von 540.000 DM.

Der Antrag zu Kapitel 07 020 Titel 526 20 wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die Anträge zu Kapitel 07 020 Titel 653 72 und Kapitel 07 210 Titel 532 00 wurden in getrennten Abstimmungen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

3. Zu Kapitel 07 050 Titel 684 61 (Anhang 1 Blatt 3)

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

4. Zu Kapitel 07 110 Titel 422 10 (Anhang 1 Blatt 4)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5. Zu Kapitel 07 010 Titel 119 10 (Anhang 1 Blatt 5)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6. Zu Kapitel 07 050 Titel 684 61 (Anhang 1 Blatt 6)

Es handelt sich um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und CDU. Auf den Änderungsantrag Nr. 6 der CDU-Fraktion (Anhang 2 Blatt 2 Ziffer 3 Buchstabe a) wird hingewiesen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7. Zu Kapitel 07 080 Titel 526 63 (Anhang 1 Blatt 7)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8. Zu Kapitel 07 080 Titel 653 73 (Anhang 1 Blatt 8)

Da der Antrag die Empfehlungen des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge mit umfaßt, beinhaltet er letztlich noch eine weitere Titelverminderung um 170 000 DM.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Die CDU-Fraktion stellte die aus Anhang 2 ersichtlichen Anträge.

Der Antrag Nr. 1 (Anhang 2 Blatt 1), der darauf abzielt, Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die Änderungsanträge Nr. 6 zu Ziffern 1 und 2 (Anhang 2 Blatt 2) wurden jeweils in getrennten Abstimmungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. abgelehnt.

Bei dem Antrag Nr. 6 zu Ziffer 3 Buchstabe a) (Anhang 2 Bl. 2) handelt es sich um den o. a. gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion.

Die Änderungsanträge Nr. 6 zu Ziffer 3 Buchstaben b, c, und d (Anhang 2 Blatt 2 und 3) wurden jeweils in getrennten Abstimmungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Auch der Änderungsantrag Nr. 6 Ziffer 4 zu Kapitel 07 060 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 6 Ziffer 5 zu Kapitel 07 080 wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.- Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nr. 6 zu Ziffer 6 (Anhang 2 Blatt 3) ist hinsichtlich der Planstellen und Stellen bereits im Rahmen der Beratungen des Personaletats erörtert und abgestimmt worden. Insoweit wird auf den Bericht zum Haushaltsgesetz (Drucksache 10/4915) hingewiesen. Der verbleibende Antrag zu den Ansätzen etc. wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Bei der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 07 unter Einbeziehung der Empfehlungen der Fachausschüsse, der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/2415 und 10/2416

Anhang 1: Änderungsanträge der SPD-Fraktion

Anhang 2: Änderungsanträge der CDU-Fraktion

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers
auf der Grundlage der Zweiten Ergänzung
(Drucksache 10/4970) mit
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und
Stellenübersichten

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 62	Kapitel: 07 020	Titel: 526 90
----------------	-------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 2.000.000 bar 2.000.000 VE</p> <p>neu: 3.000.000 bar 3.000.000 VE</p> <p>+/-: + 1.000.000 bar + 1.000.000 VE</p>	<p>Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben</p>	<p>Mehrausgaben für Präsentation und Umsetzung der Ergebnisse des SOTECH-Programms</p>

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 36/58/260	Kapitel: 07 020 07 210	Titel: 526 20 / 653 72 532 00
----------------	--------------------------	---------------------------	----------------------------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>07 020 / 526 20</p> <p>Entwurf: 6.000.000 neu: 5.410.000 +/-: - 590.000</p> <p>Änderung der Erläuterung wie folgt:</p> <p>UT 1: - 590.000</p>	<p>Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzes</p>	<p>Deckung für</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mittelaufstockung bei Kapitel 07 020 Titel 526 90 -SOFTECH - (1 Mio.DM bar, 1 Mio.DM VE) - Mittelaufstockung bei Kapitel 07 040 Titel 531 00 - Landesaltenplan - (50.000 DM) lt. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 9.11.89 (Ziffer 5 der Vorlage 10/2415)
<p>07 210/ 532 00</p> <p>Entwurf: 8.000.000 neu: 7.500.000 +/-: - 500.000</p>	<p>Auslagen in Rechtssachen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Mittelaufstockung bei UT 3 (30.000 DM) und UT 30 (10.000 DM) des Kapitels 07 050 TG 61 - Landesjugendplan - lt. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie vom 15.11.89 (Ziffer 6b und 6g der Vorlage 10/2416)
<p>07 020 / 653 72</p> <p>Entwurf: 89.900.000 VE neu: 88.400.000 VE +/-: - 1.000.000 VE</p>	<p>Zuweisungen an kommunale Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</p>	<p style="text-align: right;">- 7</p>

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuf

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 100	Kapitel: 07 050	Titel: 684 61 UT 3
----------------	--------------------	-----------------	--------------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 2.648.000</p> <p>neu: 2.633.000</p> <p>+/-: - 15.000</p> <p>Anderung der Erläuterung wie folgt:</p> <p>"UT 3: - 15.000 DM</p> <p>Anderung der Beilage 3 wie folgt:</p> <p>"Pos. I 3 d: - 15.000 DM</p>	<p>Landesjugendplan - Pos. I 3 d - Förderung von Bildungs- maßnahmen</p>	<p>Deckung für Mittelaufstockung bei UT 3 des Kapitels 05 020 Titel 685 60 (Pos. I 5 Landesjugendplan) - Landeschülerpresse - lt. Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie vom 15.11.89 (Ziffer 8 der Vorlage 10/2416)</p>

Änderungsanträge
der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 210	Kapitel: 07 110	Titel: 422 10
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 4.505.000</p> <p>neu: 4.775.000</p> <p>+/-: + 270.000</p>	<p>Bezüge der Beamten</p>	<p>Besoldungsaufwand für von der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne am 27.11.89 beschlossenen zusätzlichen 5 Stellen (3 x A13 h.D., 2 x A10)</p>

Änderungsanträge
der SPD-Landtagsfraktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan:	Kapitel: 07 010	Titel: 119 10
----------------	----------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 110.000 neu: 360.000 +/-: + 250.000</p> <p>Ergänzung der Erläuterungen:</p> <p>"Die Kosten (Personal- und Sachausgaben) für die beim Ministerium wahrgenommenen Aufgaben einer Geschäftsstelle der Stiftung Wohlfahrtspflege werden gemäß § 12 der Stiftungssatzung (neu) erstattet."</p>	<p>Vermischte Einnahmen</p>	<p>Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzung für zweckentsprechende Mittelverwendung nach beabsichtigter Neufassung von § 12 der Satzung der Stiftung "Wohlfahrtspflege"</p>

- 10

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsaktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 100	Kapitel: 07 050	Titel: 684 61
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 138.495.000</p> <p>neu: 139.495.000</p> <p>+/-: + 1.000.000</p> <p>Betragsmäßige Anpassung sowie textliche Änderung der Erläuterungen zu TG 61</p> <p>UT 8:</p> <p><u>"Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen und Förderung von Informationsfahrten ..."</u></p> <p>Betragsmäßige Anpassung sowie textliche Änderung der Zweckbestimmung zu Pos. I 11a der Beilage 3 zu EP 07 (Landesjugendplan)</p> <p><u>"Für Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen, für Berlin-Reisen ..."</u></p>	<p>Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</p>	<p>Mittelaufstockung zum Zweck der Förderung deutsch-deutscher Jugendbegegnungen</p>

- 11

Ä n d e r u n g s a n t r ä g e
 der SPD-Landtagsaktion zur 2. Lesung des Landeshaushaltes 1990
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 180	Kapitel: 07 080	Titel: 526 63
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 2.250.000</p> <p>neu: 2.120.000</p> <p>+/-: - 130.000</p>	<p>Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben</p>	<p>Zur anteiligen Deckung der bei Kapitel 07 050 TG 61 -Deutsch-deutsche Jugend- begegnungen - beantragten Mittelaufstockung</p>

Änderungsanträge
 der SPD-Landtag-Fraktion zur 2. Lesung des Landeshau-
 im Haushalts- und Finanzausschuß

Einzelplan: 07	Seite Hh-Plan: 186	Kapitel: 07 080	Titel: 653 73
----------------	--------------------	-----------------	---------------

Antrag	Zweckbestimmung	Begründung
<p>Entwurf: 10.620.000</p> <p>neu: 10.000.000</p> <p>+/-: - 620.000</p>	<p>Betriebskosten Rettungsdienst</p>	<p>Zur anteiligen Deckung (170.000 DM) der bei Kapitel 07 050 TG 61</p> <p>- Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen - beantragten Mittelaufstockung (bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Ziffer 23 der Vorlage 10/2415)</p> <p style="text-align: right;">08</p>

Änderungsantrag Nr. 1
der Fraktion der CDU
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826

- 14

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Haushaltsgesetz 1990

1. Die Ansätze (Teilansätze) bei nachstehenden Haushaltsstellen mit insgesamt 66 425 200 DM werden gestrichen:

Kapitel 03 110 Titel 714 00, 716 00, 736 00, 752 00
(Teilansatz), 757 00, 763 00, 765 00 (Teilansatz), 774 00,
777 00, 779 00, 794 00 und 796 00;

Kapitel 03 370 Titel 712 00;

Kapitel 04 040 Titel 718 00 und 792 00;

Kapitel 04 050 Titel 739 00;

Kapitel 07 120 Titel 712 00;

Kapitel 07 330 Titel 716 00 und 718 00;

Kapitel 09 010 Titel 712 00;

Kapitel 10 220 Titel 712 00;

Kapitel 10 410 Titel 712 00 und 717 00;

Kapitel 11 070 Titel 717 00 und 718 00;

Kapitel 12 050 Titel 755 00 und 776 00;

Kapitel 14 630 Titel 783 00 und 784 00.

2. Die Ansätze bei den Titeln der Obergruppe 81 in allen Einzelplänen mit Ausnahme des Polizei- (03 110) und der Hochschulkapitel (06 111 bis 06 820) werden um 30 v.H. mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von insgesamt mindestens 45 000 000 DM reduziert.

Begründung:

zu 1.: Um Baukapazitäten und Mittel für den Wohnungsbau freizumachen, sind Baumaßnahmen des Landes zu verschieben. Im wesentlichen handelt es sich um solche Baumaßnahmen, für die Haushaltsunterlagen nach § 24 LHO noch nicht vorliegen sowie um solche, die ohne Not verschiebbar sind (Umbau Ständehaus und Elisabethstr. 5-11 in Düsseldorf). Ausgenommen von dieser Maßnahme sind: Hochschulbereich, aus Strukturhilfemitteln und ZIM-Mitteln finanzierte Baumaßnahmen.

zu 2.: Um Mittel für den Wohnungsbau verfügbar zu haben sowie zur Vermeidung einer weiteren Verschuldung des Landes ist es erforderlich, 30 % der für 1990 vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (mit Ausnahme der Polizei- und Hochschulbereiche) zu verschieben.

Änderungsantrag Nr. 6
der Fraktion der CDU
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
Haushaltsgesetz 1990

Im Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
werden

1. bei Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen -
eine neue Titelgruppe - Förderung der ehrenamtlichen
sozialen Arbeit
mit einem Ansatz von 7 000 000 DM und folgenden
Erläuterungen ausgebracht:
 - *1. Zuweisung für die Fortbildung
von Fachkräften aller Zweige
der sozialen Arbeit, auch für
ehrenamtliche Mitarbeiter 2 200 000 DM
 2. Informations- und Werbekam-
pagne für ehrenamtliches soziales
Engagement 2 000 000 DM
 3. Förderung von Modellprojekten
ehrenamtlicher sozialer Arbeit 2 800 000 DM*;
2. Bei Kapitel 07 040 - Altenhilfe und soziale Hilfen -
 - a) Titel 684 61 - Sozialstationen in freier gemeinnütziger
Trägerschaft
den Ansatz um 10 000 000 DM zu erhöhen,
 - b) Titel 684 62 - Fachseminare in freier gemeinnütziger
Trägerschaft
den Ansatz um 10 000 000 DM zu erhöhen.
 - c) eine neue Titelgruppe 63 - Übernahme von freiwilligen
Rentenbeitragszahlungen
für Pflegende von Schwerst-
pflegebedürftigen
mit einem Ansatz von 20 000 000 DM ausgebracht,
 - d) Titel 863 90 - Darlehen an freie gemeinnützige Träger
für Baumaßnahmen von Einrichtungen der
Altenhilfe und zum Erwerb solcher Ein-
richtungen in besonderen Fällen
der Ansatz um 40 000 000 DM und die
Verpflichtungsermächtigung um 40 000 000 DM erhöht;
3. bei Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
 - a) der Ansatz
bei Titel 684 61 - Zuschüsse an Träger der freien
Jugendhilfe
um 1 000 000 DM
sowie in den Erläuterungen (Nr. 8) und im
Landesjugendplan die Ansätze ebenfalls um 1 000 000 DM
erhöht;
 - b) bei Titelgruppe 60 - Förderung der Familienhilfe und
Kinderhilfe -
ein neuer
Titel 681 60 - Landeserziehungsgeld -
mit einem Ansatz von 64 000 000 DM ausgebracht;

- c) Titel 684 60 - Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege
 der Ansatz und in den Erläuterungen (UT 2) der Betrag für Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung um jeweils 5 000 000 DM erhöht;
- d) bei Titelgruppe 82 - Förderung der Betriebskosten von anderen Tageseinrichtungen für Kinder und der Investitionskosten von Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen für Kinder
 Titel 893 82 - Zuschüsse an Träger der Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder
 der Ansatz und die Verpflichtungsermächtigung um jeweils 25 000 000 DM erhöht;
4. bei Kapitel 07 060 - Landesmaßnahmen für Vertriebene pp. -
 wird der Ansatz bei Titel 643 10 - Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gem. § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - um 100 000 000 DM reduziert;
5. bei Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen -
 Titel 684 71 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
 der Ansatz um 13 000 000 DM erhöht.
6. das Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik" - gestrichen. Die besetzten Planstellen und Stellen werden mit den entsprechenden Haushaltsmitteln in Hochschulkapitel umgesetzt.

Begründung:

Zu 1:

Zu Unterteil 1: Die Fort- und Ausbildungsangebote müssen erweitert werden.

Zu Unterteil 2: Die in der Bevölkerung vorhandene Hilfsbereitschaft muß mobilisiert und aktiviert werden.

Zu Unterteil 3: Neue Wege in der Sozialpolitik müssen erprobt werden.

Zu 2.a:

Der Personalschlüssel muß auf 1: 3 500 verbessert werden.

Zu 2.b:

Mit dem Mehrbetrag soll die Einführung einer Ausbildungsvergütung ab dem neuen Ausbildungsjahr gewährleistet werden.

Zu 2.c:

Rentenbeitragszahlungen für pflegende Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müssen, sollen übernommen werden.

Zu 2.d:

Es besteht ein dringender Mehrbedarf zur Schaffung zusätzlicher Altenheimplätze, wofür zusätzlich 20 000 000 DM Ansatz und

20 000 000 DM Verpflichtungsermächtigung erforderlich sind. Zur Finanzierung eines Sonderprogramms zur Schaffung von 2 000 Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätze sind ein zusätzlicher Ansatz und eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von jeweils 20 000 000 DM erforderlich.

Zu 3.a:

Zusätzliche Mittel für eine Ausweitung der deutsch-deutschen Begegnungen im Rahmen der Jugendarbeit

Zu 3.b:

Mit der Ausbringung des neuen Titels wird die Zahlung eines sechs monatigen Landeserziehungsgeldes in Höhe von 600,-- DM monatlich ermöglicht.

Zu 3.c:

Mit der Erhöhung wird sichergestellt, daß alle Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen gefördert werden können.

Zu 3.d:

Die Erhöhung ist zur Deckung des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Kindergartenplätzen erforderlich.

Zu 4:

Durch Ausschöpfung der verfahrensmäßigen und gesetzlichen Möglichkeiten bei der Anerkennung von Asylbewerbern und der Duldung von de facto-Flüchtlichen ist ein geringerer Bedarf zu erwarten.

Zu 5:

Es besteht ein dringender Mehrbedarf zur Verstärkung des Drogenbekämpfungsprogramms.

Zu 6:

Das Institut "Arbeit und Technik" hat die Aufgabe, den Problembereich "Arbeit und Technik" zu erforschen und Beiträge zu einer sozialverträglichen Technikgestaltung zu liefern. Die Erfüllung dieser Aufgabe kann durch die bestehenden Hochschulen erfolgen. Das Institut für "Arbeit und Technik" ist daher sachlich nicht erforderlich.



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 10/4600, 10/4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenhei-
ten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 40. Landesjugendplan - wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen:

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 6. September 1989, 4. und 25. Oktober 1989 und 8. November 1989 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 40. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10/2326
des Landes Nordrhein-Westfalen	10/2334

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen	10/2973
	10/3036

Deutsche Beamtenschaft-Akademie, Bonn	10/3015
---------------------------------------	---------

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 8. November 1989 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den 40. Landesjugendplan - ab.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 8. November 1989 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und CDU sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 40. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

I. Sachhaushalt

Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 526 20</u>	- Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzes

den Ansatz von 6 000 000 DM um 50 000 DM auf 5 950 000 DM zu kürzen.

1 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in den Erläuterungen zu Unterteil 1 den Ansatz von 5 900 000 DM um 50 000 DM auf 5 850 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Zahl der unter 18 Jahren in das Berufsleben eintretenden Jugendlichen, die nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes der ärztlichen Untersuchung bedürfen, sei rückläufig.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 684 30</u>	- Zuschuß an die Technologiebera- tungsstelle beim Deutschen Gewerk- schaftsbund - Landesbezirk Nord- rhein-Westfalen - e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 700 000 DM um 300 000 DM auf 3 400 000 DM zu kürzen.

2 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner,

einen neuen <u>Titel 684 31</u>	- Förderung von Technologieberatungs- stellen
------------------------------------	--

mit einem Ansatz von 300 000 DM auszubringen.

2 b. Die Fraktion der CDU beantragte schließlich,

in den Erläuterungen einen Unterteil 1 - Deutscher Gewerkschaftsbund - (3,4 Mio DM) und einen Unterteil 2 - Deutscher Beamtenbund - (300 000 DM) auszubringen.

Begründung

Der Grundsatz der Pluralität von Gewerkschaften bei der Förderung von Technologieberatungsstellen sei anzuerkennen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020	- Allgemeine Bewilligungen
eine neue	
<u>Titelgruppe 68</u>	- Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit

mit einem Ansatz von 7 000 000 DM auszubringen.

- 3 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner,

in den Erläuterungen folgende Unterteile auszubringen:

- | | |
|---|---------------|
| 1. Zuweisung für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter | 2 200 000 DM |
| 2. Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement | 2 000 000 DM |
| 3. Förderung von Modellprojekten ehrenamtlicher sozialer Arbeit | 2 800 000 DM. |

BegründungZu Unterteil 1

Die Fort- und Ausbildungsangebote müßten erweitert werden.

Zu Unterteil 2

Die in der Bevölkerung vorhandene Hilfsbereitschaft müsse mobilisiert und aktiviert werden.

Zu Unterteil 3

Neue Wege in der Sozialpolitik müßten erprobt werden.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 381 10 - Erstattungen von Kapitel 14 020
 Titel 981 61 (Verwendung der Spielbankabgabe der Spielbanken Aachen und Bad Oeynhausen)

in den Erläuterungen die Zahl "5,6" in die Zahl "10" abzuändern.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 531 00 - Kosten für die Herausgabe des 2. Landesaltenplanes

den Ansatz von 0 DM um 50 000 DM auf 50 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Landesaltenplan wurde nicht, wie beabsichtigt, im Jahre 1989 herausgegeben. Er soll 1990 verabschiedet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen
Titel 684 11 - Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengesetzten Organisationen

den Ansatz von 26 600 000 DM um 800 000 DM auf 25 800 000 DM zu kürzen.

- 6 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 8 800 000 DM um 260 000 DM auf 8 540 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch die Absenkung des Ansatzes blieben insgesamt die Fördermittel den Wohlfahrtsverbänden im Hinblick auf den neu zu schaffenden Fördertitel "Beratung und Unterstützung von Initiativ- und Selbsthilfegruppen durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege" erhalten.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

7. Die Fraktionen der SPD und CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und Soziale Hilfen
<u>Titel 684 19</u>	- Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrts- pflege"

den Ansatz von 41 025 000 DM um 4 400 000 DM auf 45 425 000 DM zu erhöhen.

Begründung

a) SPD:

Entsprechend der Änderung der Erläuterung zum Einnahmetitel 381 10 sei der Ansatz zu erhöhen.

b) CDU:

Rücknahme der erneuten Verschlechterung des Zuteilungsschlüssels für die "Stiftung Wohlfahrtspflege".

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und Soziale Hilfen
einen neuen <u>Titel 684 30</u>	- Zuschuß an das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund

mit einem Ansatz von 200 000 DM und einer Verpflichtungsermächtigung von 200 000 DM auszubringen.

Begründung

Unter Nutzung der an der Fachhochschule und Universität Dortmund vorhandenen personellen Kapazitäten solle in Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund und den Trägern der Wohlfahrtspflege das Institut geschaffen werden. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen stelle für das Jahr 1991 die Hochschullehrerstellen zur Verfügung, die Stadt Dortmund stelle das Gebäude. Die personelle Grundausstattung sei vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen zu finanzieren. Wegen des notwendigen Vorlaufs im Wissenschaftsbereich müsse die Gründung des Instituts bereits im Jahre 1990 erfolgen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Sozialen Hilfen

einen neuen
Titel 684 40 - Zuschüsse für die Beratung und
Unterstützung von Initiativ- und
Selbsthilfegruppen durch die Ver-
bände der Freien Wohlfahrtspflege

mit einem Ansatz von 800 000 DM und einer Verpflichtungs-
ermächtigung von 260 000 DM auszubringen.

Begründung

Die Beratung und sachkundige Unterstützung von Initiativ-
gruppen und Selbsthilfeorganisationen habe in der Freien
Wohlfahrtspflege in den letzten Jahren derartig an
Gewicht zugenommen, daß hierfür ein eigener Titel mit
einem neuen, problemorientierten Verteilungsansatz
erforderlich sei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ange-
nommen.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen

einen neuen
Titel 684 50 - Zuschüsse zur Fortbildung von
Fachkräften in der Altenpflege

mit einem Ansatz von 450 000 DM und einer Verpflichtungs-
ermächtigung von 200 000 DM auszubringen.

Begründung

Die Diskussion um den Pflegenotstand habe einen besonde-
ren Fortbildungsbedarf deutlich gemacht, dem durch den
neuen Ansatz Rechnung getragen werden müsse.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.
angenommen.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040 - Altenhilfe und Soziale Hilfen

Titelgruppe 61 - Zuweisungen und Zuschüsse zur
Förderung von Sozialstationen

Titel 684 61 - Sozialstationen in freier gemein-
nütziger Trägerschaft

den Ansatz von 29 500 000 DM um 10 000 000 DM auf
39 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Der Personalschlüssel sei auf 1 : 3 500 zu verbessern.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

12. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040
Titelgruppe 62

- Altenhilfe und Soziale Hilfen
- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und für Familienpflege

Titel 684 62

- Fachseminare in freier gemeinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 20 100 000 DM um 10 000 000 DM auf 30 100 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit diesem Mehrbetrag solle die Einführung einer Ausbildungsvergütung ab dem neuen Ausbildungsjahr gewährleistet werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

13. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und Soziale Hilfen

eine neue
Titelgruppe 63

- Übernahme von freiwilligen Rentenbeitragszahlungen für Pflegende von Schwerstpflegebedürftigen

mit einem Ansatz von 20 000 000 DM auszubringen.

Begründung

Rentenbeitragszahlungen für pflegende Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müssen, sollten übernommen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

14. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 040</u> | - Altenhilfe und Soziale Hilfen |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe |
| <u>Titel 863 90</u> | - Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen |

den Ansatz von 36 500 000 DM um 40 000 000 DM auf 76 500 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 55 900 000 DM um 40 000 000 DM auf 95 900 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Es bestehe ein dringender Mehrbedarf zur Schaffung zusätzlicher Altenheimplätze, wofür zusätzlich 20 000 000 DM Ansatz und 20 000 000 DM Verpflichtungsermächtigung erforderlich seien.

Zur Finanzierung eines Sonderprogramms zur Schaffung von 2 000 Tagespflege- und Kurzzeitpflegeplätzen seien ein zusätzlicher Ansatz von 20 000 000 DM und eine zusätzliche Verpflichtungsermächtigung von 20 000 000 DM erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

15. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 643 10</u> | - Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes |

den Ansatz von 550 000 000 DM um 100 000 000 DM auf 450 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch Ausschöpfung der verfahrensmäßigen und gesetzlichen Möglichkeiten bei der Anerkennung von Asylbewerbern und der Duldung von de facto-Flüchtlings sei ein geringerer Bedarf bei diesem Titel zu erwarten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 11

- Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR

den Ansatz von 1 750 000 DM um 650 000 DM auf 2 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei wegen des dringenden Bedarfs erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 13

- Zuschüsse zu Verwaltungskosten der auf Landesebene tätigen Vereinigungen der Vertriebenen und Flüchtlinge (ohne Patenlandsmannschaften) sowie der Vereinigungen der Kriegssachgeschädigten

den Ansatz von 175 000 DM um 50 000 DM auf 225 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

18. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 377 000 DM um 200 000 DM auf 1 577 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei zur Abgeltung von Kostensteigerungen erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 377 000 DM um 90 000 DM auf 1 467 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 420 000 DM um 20 000 DM auf 440 000 DM zu erhöhen.

- 19 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in den Erläuterungen zur Stellenübersicht bei der institutionellen Förderung eine Stelle BAT III/IVa (kw zum 01.01.1994) und eine Stelle zusätzlich BAT VIb/VII (kw zum 01.08.1990) auszubringen.

Begründung

Durch den Zustrom der Aus- und Übersiedler entstehe auch im "Haus des Deutschen Ostens" ein vermehrter Arbeitsanfall. Dem solle durch die befristete Beschäftigung eines Direktionsassistenten (bis zum 01.08.1990) und eines Sachbearbeiters für die Aussiedlerbetreuung im Bildungs- und Kulturbereich (bis 01.01.1994) Rechnung getragen werden.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

20. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 64

- Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)

Titel 684 64

- Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz von 6 010 000 DM um 500 000 DM auf 6 510 000 DM zu erhöhen.

- 20 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Erläuterungen um die Ziffer 7 "Youthworker-Programm" mit einem Betrag von 500 000 DM zu erweitern.

Begründung

Durch das Auslaufen der Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müsse das "Youthworker-Programm" mit Landes- und Gemeindemitteln weitergeführt werden. Da in vielen Fällen eine gemeindliche Beteiligung nicht schnell zu erreichen sei, müsse der Landeszuschuß zunächst 50 000 DM pro Jahr und Kraft betragen. Hierzu seien die beantragten zusätzlichen Mittel erforderlich.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

21. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 71

- Bekämpfung der Suchtgefahren

Titel 684 71

- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

den Ansatz von 11 620 000 DM um 11 620 000 DM auf 23 240 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Es bestehe ein dringender Mehrbedarf zur Verstärkung des Drogenbekämpfungsprogramms.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

22. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen
Titel 531 71 - Öffentlichkeitsarbeit

den Ansatz von 50 000 DM um 1 500 000 DM auf 1 550 000 DM zu erhöhen und eine Verpflichtungsermächtigung von 1 000 000 DM auszubringen.

22 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

in Ziffer 6 der Erläuterungen das Wort "Niedrigschwelligkeitszentren" zu ersetzen durch "Niedrigschwellige Angebote" und
 in Ziffer 8 der Erläuterungen Spalte "Titel 531 71" die Zahl "50" durch "1 550" zu ersetzen.

Begründung

Eine öffentlich wirksame Drogenkampagne solle nach dem Vorbild der AIDS-Aufklärung durchgeführt werden.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

23. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen
Titelgruppe 73 - Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst an Gemeinden (GV)
Titel 653 73 - Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungsdienstes

den Ansatz von 10 620 000 DM um 450 000 DM auf 10 170 000 DM zu kürzen.

Begründung

Durch die Kürzung werde der Gesamtansatz der Titelgruppe auf den Umfang des Jahres 1989 zurückgeführt, und zwar bei gleichzeitiger Verlagerung von Fördermitteln von den Betriebskosten zu den Investitionen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

24. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 310 - Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf
Titel 681 00 - Unfallentschädigung

den Ansatz von 36 000 000 DM um 200 000 DM auf 35 800 000 DM zu kürzen.

Begründung

Der für das Jahr 1990 angenommene Ausgabenzuwachs trete aufgrund der Ausgabenentwicklung im Jahre 1989 nicht in vollem Umfange ein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

25. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 430</u>	- Staatsbad Oeynhausen
<u>Titel 684 00</u>	- Zuschuß zu den Betriebskosten der Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH (Herzzentrum NW)

die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen:

"Vorgesehen ist die Übernahme der von den Pflegesätzen nicht gedeckten Personal- und Sachkosten im Rahmen des Kooperationsvertrages zwischen der Ruhr-Universität Bochum und der Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

II. Personalhaushalt

1. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 120</u>	- Institut "Arbeit und Technik"
<u>Titel 425 10</u>	- Bezüge der Angestellten

den Kw-Vermerk zum 31.12.1991 zu streichen.

- 1 a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

<u>Kapitel 07 120</u>	- Institut "Arbeit und Technik"
<u>Titel 426 10</u>	- Bezüge der Arbeiter

den Kw-Vermerk zum 31.12.1991 zu streichen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 230</u>	- Landesversicherungsamt NW in Essen
<u>Titel 422 10</u>	- Bezüge der Beamten (und Richter)

die Stelle der BesGr B 3 zu sperren.

2 a. Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

<u>Kapitel 07 230</u>	- Landesversicherungssamt NW in Essen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Prüfdienst für die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der Krankenkassen und Krankenkassenver- bände
<u>Titel 422 60</u>	- Bezüge der Beamten (und Richter)

eine Stelle der BesGr A 16 und zwei Stellen der
BesGr A 14 zu sperren.

Begründung

Es solle die Möglichkeit geprüft werden, Planstellen aus
Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales - umzusetzen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P.
abgelehnt.

3. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 330</u>	- Dienststellen der Kriegsopferver- sorgung
<u>Titelgruppe 60</u>	- Zur Deckung eines besonderen Ver- waltungsbedarfs
<u>Titel 425 60</u>	- Personalausgaben

12 Kw-Vermerke auszubringen, und zwar 6 bei BAT VIb/VII
und 6 bei BAT VII/VIII.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ange-
nommen.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 510</u>	- Landesstelle für Aussiedler, Zuwan- derer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen
<u>Titel 425 10</u>	- Bezüge der Angestellten

bei Dienstart 01 (Sachbearbeiter) für 5 Stellen BAT IVb
den Kw-Vermerk "31.12.1991" und bei Dienstart 02 (Büro-,
Registratur- und Kassendienst) für 4 Stellen BAT VII/VIII
den Kw-Vermerk "31.12.1991" zu ersetzen durch
"kw 31.12.1992".

Begründung

Die im September 1989 verabschiedete Verordnung zur Lenkung der Aus- und Übersiedler erfordere bei der Landesstelle einen zusätzlichen Personalaufwand. Da diese Verordnung erst im Jahre 1992 außer Kraft trete, müßten die Kw-Vermerke auf den 31.12.1992 befristet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P. erklärte, ihre Fraktion habe keine Änderungsanträge zum Einzelplan 07 gestellt, weil die Fraktion der F.D.P. den Haushaltsplan 1990 insgesamt für ungeeignet halte, um die notwendigen Zukunftsausgaben des Landes auch finanziell abzusichern. Dies ließe sich auch im Einzelplan 07 an einigen Stellen nachweisen.

Außerdem erklärte die Sprecherin der Fraktion der F.D.P., daß sie die Anträge der Fraktion der CDU grundsätzlich begrüße. Soweit sie sie abgelehnt habe, sei das auf die nach ihrer Ansicht fragwürdige Finanzierung zurückzuführen.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. an.

Bräuer
Vorsitzender

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 10/4600, 10/4826 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie

Berichterstatter Abgeordneter Hellwig SPD

Beschlußempfehlung

Der 40. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410
werden mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen:

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie hat in seinen Sitzungen am 5. und 26. Oktober sowie am 9. November 1989 den 40. Landesjugendplan und die

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales
Ausbildungswesen und
Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Klein-
kind- und außerschulische Erziehung (SPI)
beraten.

Folgende Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie eingegangen:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10/2334
des Landes Nordrhein-Westfalen	10/2345

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen 10/2973

IN VIA-Verband Katholischer Mädchensozialarbeit im Erzbistum Paderborn e.V. 10/3013

Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Euskirchen e.V. 10/3023

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Die abschließende Beratung und Abstimmung über Änderungsanträge, über den 40. Landesjugendplan sowie über die Kapitel 07 050 und 07 410 fand am 9. November 1989 statt.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|------------------------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Förderung der Familienhilfe und
Kinderhilfe |
| einen neuen
<u>Titel 681 60</u> | - Landeserziehungsgeld |

mit einem Ansatz von 64 000 000 DM auszubringen.

Begründung

Mit der Ausbringung eines neuen Titels solle die Zahlung eines sechsmonatigen Landeserziehungsgeldes in Höhe von 600 DM monatlich eingeführt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

2. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Förderung der Familienhilfe und
Kinderhilfe |
| <u>Titel 684 60</u> | - Zuschüsse an Organisationen der
freien Wohlfahrtspflege |

den Ansatz um 5 500 000 DM zu erhöhen.

Von der Ansatzerhöhung entfallen auf

- | | |
|--|--------------|
| - Beratungsstellen für Familien-
planung und Schwangerschaftsbe-
ratung (UT 2) | 5 000 000 DM |
| - Förderung von Familienerholungs-
maßnahmen (UT 5). | 500 000 DM |

Begründung

Mit der Erhöhung bei Unterteil 2 solle sichergestellt werden, daß alle Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen gefördert werden könnten. Die Erhöhung bei Unterteil 5 sei zur Abdeckung des vorhandenen Bedarfs notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

3. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe
<u>Titel 684 60</u>	- Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege

den Ansatz um 1 450 000 DM sowie die Verpflichtungs-
ermächtigung um 500 000 DM zu erhöhen.

Von der Ansatzserhöhung entfallen auf:

- Erziehungs-, Ehe- und Lebens- beratungsstellen (UT 1)	200 000 DM
- Beratungsstellen für Fami- lienplanung und Schwangerschafts- beratung (UT 2)	1 250 000 DM

Begründung

Die Erhöhung bei Unterteil 1 diene der Förderung von
weiteren 5 Beratungsstellen in Fällen von Kindesmißhand-
lung und sexuellem Mißbrauch von Kindern.

Die Erhöhung bei Unterteil 2 sei erforderlich, um eine
richtliniengemäße Förderung der bestehenden Beratungs-
stellen auf der Grundlage der vom Landesrechnungshof
Nordrhein-Westfalen überarbeiteten Förderrichtlinien
vornehmen zu können.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenom-
men.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe
<u>Titel 893 60</u>	- Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zur Errich- tung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen

den Ansatz um 500 000 DM zu kürzen.

Die Ansatzkürzung erfolgt bei
der Förderung von Investitionen

- in Familienbildungsstätten um (UT 6 a)	300 000 DM
- in Erziehungsberatungsstellen um (UT 6 b).	200 000 DM

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthal-
tung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

5. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
Titelgruppe 61 - Landesjugendplan
Titel 681 61 - Ausgleich für Verdienstaussfall
infolge von Urlaubsgewährung nach
dem Sonderurlaubsgesetz
Unterteil 32 - Ausgleich für Verdienstaussfall
infolge von Urlaubsgewährung nach
dem Sonderurlaubsgesetz

- zugleich beim
Landesjugendplan
Position VII/1 - Ausgleich für Verdienstaussfall
infolge von Urlaubsgewährung nach
dem Sonderurlaubsgesetz

eine Erhöhung des Ansatzes um 1 000 000 DM.

Begründung

Der Mehrbetrag solle zur Abdeckung des vorhandenen
Bedarfs dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abge-
lehnt.

6. Zu Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
Titelgruppe 61 - Landesjugendplan
Titel 684 61 - Zuschüsse an Träger der freien
Jugendhilfe

wurden folgende Anträge zu einzelnen Unterteilen ge-
stellt:

6 a. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Unterteil 2 - Förderung von Bildungsmaßnahmen der
auf Landesebene anerkannten Jugend-
verbände

- zugleich beim
Landesjugendplan
Position I/2 - Bildungsarbeit der auf Landesebene
anerkannten Jugendverbände

den Ansatz um 2 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit der Erhöhung sollten die ehrenamtlichen Tätigkeiten
der Jugendverbände gestärkt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abge-
lehnt.

6 b. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Unterteil 3

- Förderung von Bildungsmaßnahmen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe sowie des Betriebs von Jugendkunstschulen

zugleich beim
Landesjugendplan
Position I/3 b

- Bildungsarbeit im Rahmen der jugendpflegerischen Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender

den Ansatz um 30 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei notwendig, da vor dem Hintergrund der Diskussion um die Stellung der Soldaten als Teil der demokratischen Gesellschaft eine Intensivierung von Veranstaltungen, insbesondere der politischen Bildung mit jungen Soldaten, dringend geboten erscheine.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6 c. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Unterteil 7

- Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit

zugleich beim
Landesjugendplan
Position I/10 a

- Internationale Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit

den Ansatz um 425 000 DM zu erhöhen.

Sie beantragte ferner, die Erläuterungen zu Unterteil 7 sowie im Landesjugendplan (Beilage 3) zu Position I/10 a wie folgt zu ergänzen:

"Der Mehrbetrag dient der Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches."

Begründung

Die Erhöhung diene der Förderung von Besuchen polnischer Jugendlicher in Nordrhein-Westfalen mit einem breiten thematischen Spektrum im Rahmen der Unterstützung der politischen Entwicklung in Polen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6 d. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Unterteil 9 - Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens
- zugleich beim
Landesjugendplan
Position I/12 b - Besondere Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- Erprobung zukunftsweisender Initiativen

den Ansatz um 500 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 61 um 170 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit den zusätzlichen Mitteln solle in einem weitgehend durch laufende Programme festgefügten Haushalt Spielraum für zeitlich begrenzte jugendpolitische Fördermaßnahmen eingeräumt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

6 e. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- Unterteil 9 - Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens
- zugleich beim
Landesjugendplan
Position I/12 a - Besondere Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- Jugendpolitisch bedeutsame Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Untersuchungen
- und
Landesjugendplan
Position I/12 b - Besondere Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit - Erprobung zukunftsweisender Initiativen

den Ansatz um 700 000 DM zu kürzen, und zwar bei Position I/12 a um 200 000 DM und bei Position I/12 b um 500 000 DM.

Begründung

Die Mittelkürzung im Rahmen der Prioritätensetzung zugunsten des deutsch-polnischen Jugendaustausches könne vorgenommen werden, da im vergangenen Haushaltsjahr offenbar keine sinnvolle Verwendung der Mittel erfolgt sei.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

6 f. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|---|--|
| <u>Unterteil 15</u> | - Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf |
| zugleich beim
<u>Landesjugendplan</u>
<u>Position III/3</u> | - Sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf |

den Ansatz um 1 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit der Erhöhung solle die Förderung der vorhandenen Einrichtungen sichergestellt werden.

Der Antrag wurde mit 6 Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen 2 Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Die Fraktion der SPD erklärte in diesem Zusammenhang, daß sie grundsätzlich auch von einem Mehrbedarf bei dieser Position ausgehe, der aber z.Z. noch nicht abzuschätzen sei. Die notwendige Aufstockung solle daher zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Umschichtung von Mitteln, z.B. im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit, erfolgen.

6 g. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- | | |
|--|---|
| <u>Unterteil 30</u> | - Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender |
| zugleich beim
<u>Landesjugendplan</u>
<u>Position VI/6</u> | - Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender |

eine Erhöhung des Ansatzes um 10 000 DM.

Begründung

Siehe zu Punkt 6.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aufgrund der angenommenen Änderungsanträge erhöht sich der Ansatz bei Titel 684 61 um insgesamt 965 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung um 170 000 DM.

7. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- | | |
|---|--|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen |
| <u>Titelgruppe 61</u> | - Landesjugendplan |
| <u>Titel 893 61</u> | - Zuschüsse an Träger der freien
Jugendhilfe zur Errichtung oder zum
Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur
Instandsetzung und zur Ausstattung
von Einrichtungen der Jugendarbeit
und der Jugendsozialarbeit |
| <u>Unterteil 22</u> | - Jugendherbergen |
| zugleich beim
<u>Landesjugendplan</u>
<u>Position V/6</u> | - Jugendherbergen |

den Ansatz um 500 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit der Aufstockung solle die Finanzierung des dringend notwendigen Baus eines Jugendgästehauses in Münster - als Ersatz für eine abgängige ältere Jugendherberge - gesichert werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- | | |
|---|---|
| <u>Kapitel 05 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Zuschüsse und Zuweisungen zur
Förderung von Jugendmaßnahmen im
Rahmen des Landesjugendplans |
| <u>Titel 685 60</u> | - Sonstige Zuschüsse für laufende
Zwecke |
| <u>Unterteil 2</u> | - Förderung des Dachverbandes der
Landesschülerpresse |
| zugleich beim
<u>Landesjugendplan</u>
<u>Position I/5</u> | - Förderung des Dachverbandes der
Landesschülerpresse |

eine Ansatzserhöhung um 15 000 DM.

Begründung

Die Erhöhung solle als Inflationsausgleich erfolgen, da trotz Kostensteigerungen der Ansatz bei dieser Position seit einigen Jahren unverändert sei.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen
<u>Titelgruppe 64</u>	- Förderung von Einrichtungen der Familienbildung
<u>Titel 684 64</u>	- Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz um 2 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung solle der Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeiten im Bereich der Familienbildung dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen
<u>Titelgruppe 64</u>	- Förderung von Einrichtungen der Familienbildung

den Ansatz um 1 206 177 DM zu erhöhen.

Entsprechend solle in den Erläuterungen zu Titel 653 64 und 684 64 der Durchschnittsbetrag je Unterrichtsstunde von 21 DM um 1,50 DM auf 22,50 DM erhöht werden. Dadurch erhöhten sich die Teilansätze bei Titel 653 64 um 22 500 DM und bei Titel 684 64 um 943 677 DM, insgesamt also um 966 177 DM. Schließlich solle in den Erläuterungen zu Titel 684 64 in der Zeile "- für die Teilnehmerkosten gemäß § 26 WbG" der Leeransatz ersetzt werden durch "3,00". Im übrigen sei in den Erläuterungen zu diesem Titel ein neuer (7.) Unterteil wie folgt einzufügen: "7. Teilnehmerkosten gem. § 26 WbG ... 240 000 DM."

Begründung

Die Erhöhung des Ansatzes sei wegen höherer Kosten der Weiterbildungsträger notwendig. Die vor Jahren gestrichelte Teilnehmerkostenpauschale in Höhe von 3,00 DM solle den Weiterbildungsträgern wieder voll zur Verfügung stehen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

11. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
- Titelgruppe 66 - Veranstaltungen, Untersuchungen und
Informationsmaßnahmen auf den
Gebieten der Jugend- und Familien-
hilfe sowie des Sozialen Ausbil-
dungswesens
- Titel 526 66 - Kosten für Sachverständige und
Untersuchungsvorhaben
- und
- Titel 684 66 - Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz bei Titel 684 66 um 345 000 DM zu kürzen und
den Ansatz bei Titel 526 66 um 345 000 DM zu erhöhen
sowie den Sperrvermerk bei Titel 684 66 zu streichen.

Begründung

Die Verlagerung innerhalb der Titelgruppe erfolge aus
haushaltstechnischen Gründen. Der Sperrvermerk bei Titel
684 66 sei zu streichen, da der Grund für ihn entfallen
sei. Da das Land für das Deutsche Jugendinstitut in
München keine zusätzlichen Beiträge leisten werde,
könnten die Mittel für landeseigene Untersuchungen
vergeben werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthal-
tung der Fraktion der CDU angenommen.

12. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
- Titelgruppe 70 - Förderung von Einrichtungen der
erzieherischen Jugendhilfe
- Titel 863 70 - Darlehen für Baumaßnahmen und für
den Erwerb an Träger der freien
Jugendhilfe
- und
- Titel 893 70 - Zuschüsse für die Ausstattung der
bei Titel 863 70 genannten Einrich-
tungen an Träger der freien Jugend-
hilfe

den Ansatz bei Titel 863 70 um 300 000 DM und den Ansatz
bei Titel 893 70 um 200 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung solle als Ausgleich für Erhöhungen in anderen
Bereichen erfolgen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthal-
tung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

13. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 0 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
- Titelgruppe 81 - Förderung der Betriebskosten für
Kindergärten nach den Vorschriften
des Kindergartengesetzes

folgenden weiteren (3.) Haushaltsvermerk auszubringen:
"3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10 000 000 DM gegensei-
tig deckungsfähig mit den Ausgaben der Titel 643 82 und
671 82."

Begründung

Der Vermerk der gegenseitigen Deckungsfähigkeit sei
notwendig, um Schwankungen im Haushaltsvollzug auszuglei-
chen, die dadurch entstünden, daß zu Beginn des Haus-
haltsjahres eine exakte Zuordnung der Ausgaben zu Titel-
gruppen 81 oder 82 noch nicht möglich ist.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.
angenommen.

14. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen
- Titelgruppe 82 - Förderung der Betriebskosten von
anderen Tageseinrichtungen für
Kinder und der Investitionskosten
von Kindergärten und anderen Tages-
einrichtungen für Kinder
- Titel 893 82 - Zuschüsse an Träger der freien
Jugendhilfe zu den Bau- und Ein-
richtungskosten gemäß §§ 10 und 16
KGG und für andere Tageseinrichtun-
gen für Kinder

den Ansatz um 25 000 000 DM und die Verpflichtungsermäch-
tigung um 25 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei zur Deckung des dringenden Bedarfs an
zusätzlichen Kindergartenplätzen erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthal-
tung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

15. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen |
| <u>Titelgruppe 82</u> | - Förderung der Betriebskosten von
anderen Tageseinrichtungen für
Kinder und der Investitionskosten
von Kindergärten und anderen Ta-
geseinrichtungen für Kinder |
| <u>Titel 893 82</u> | - Zuschüsse an Träger der freien
Jugendhilfe zu den Bau- und Ein-
richtungskosten gemäß §§ 10 und 16
KjG und für andere Tageseinrichtun-
gen für Kinder |

den Ansatz um 10 500 000 DM sowie die Verpflichtungsermächtigung um 4 900 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung sei erforderlich, da, bedingt durch den Zustrom von Aus- und Übersiedlern, die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wieder ansteige und die Zahl der Kindergartenplätze daher stärker angehoben werden müsse, als noch in der Jahresmitte geplant. Durch die vom Gesamtvolumen entfallenden Mittel für neue Maßnahmen in 1990 in Höhe von 100 Mio DM sollten mindestens 16 000 neue Kindergartenplätze geschaffen werden.

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

16. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe und
Soziales Ausbildungswesen |
| <u>Titelgruppe 85</u> | - Innovative Familien- und Kinderpo-
litik |
| <u>Titel 526 85</u> | - Kosten für Sachverständige und
Untersuchungsvorhaben |

die Streichung des Ansatzes von 300 000 DM.

Begründung

Die Streichung solle erfolgen, da die Landesregierung für derart frei gestaltete Haushaltspositionen offenbar keine sinnvolle Verwendung finde.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Abschließend nahm der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie den 40. Landesjugendplan und das Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. an. Das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - wurde unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

Hellwig
Vorsitzender

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1990

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 010 119 10	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern. <u>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</u> Vermischte Einnahmen	110.000	+	360.000
07 020 526 20	<u>Ergänzung der Erläuterungen</u> Die Kosten (Personal- und Sachausgaben) für die beim Ministerium wahrgenommenen Aufgaben einer Geschäftsstelle der Stiftung Wohlfahrtspflege werden gemäß § 12 der Stiftungssatzung (neu) erstattet. <u>Allgemeine Bewilligungen</u> Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitschutzgesetzes <u>Änderung der Erläuterungen</u> UT.1 Ärztliche Untersuchungen nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12.04.1976 (BGBl. I S. 965) <u>5.900.000 - 590.000 = 5.310.000</u>	6.000.000	-	5.410.000

4907

82

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 020) TGr 72	Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen (Haushaltsvermerke unverändert)	75.100.000	-	75.100.000
653 72	Zuweisungen an kommunale Träger (Haushaltsvermerk unverändert) <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 89.900.000 - 1.000.000 = 88.900.000			
TGr 90	Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung (Haushaltsvermerke unver- ändert)			
526 90	Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 2.000.000 + 1.000.000 = 3.000.000	2.000.000	+ 1.000.000	3.000.000
07 040 381 10	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u> Erstattungen von Kapitel 14 020 Titel 981 61 (Verwendung der Spielbankabgabe der Spielban- ken Aachen und Bad Oeynhausens) <u>Änderung der Erläuterungen</u> In Satz 2 der Erläuterungen wird die Zahl "5,6" durch die Zahl "10" ersetzt.	35.100.000	--	35.100.000

4907

83

2

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
 Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 040) 531 00	Kosten für die Herausgabe des 2. Landesaltent- planes	--	+ 50.000	50.000
684 11	Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zu- sammengeschlossenen Organisationen <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> <u>8.800.000 - 260.000 = 8.540.000</u>	26.600.000	- 800.000	25.800.000
684 19	Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein- Westfalen für Wohlfahrtspflege" (Haushaltsvermerk unverändert)	41.025.000	+ 4.400.000	45.425.000
684 30 (neu)	Zuschuß an das Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> <u>0 + 200.000 = 200.000</u>	--	+ 200.000	200.000
684 40 (neu)	Zuschüsse für die Beratung und Unterstützung von Initiativ- und Selbsthilfegruppen durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> <u>0 + 260.000 = 260.000</u>	--	+ 800.000	800.000
684 50 (neu)	Zuschüsse zur Fortbildung von Fachkräften in der Altenpflege	--	+ 450.000	450.000

4907

84

63

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 040)	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 0 + 200.000 = <u>200.000</u>			
07 050	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales</u> <u>Ausbildungswesen</u>			
TGr 60	Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (Haushaltsvermerk unverändert)	38.775.000	+ 1.450.000	40.225.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 20.710.000 + 500.000 = <u>21.210.000</u>			
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 1:</u> Personalkostenzuschüsse an Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen und die Arbeitsgemeinschaft der Erziehungsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen (für die Arbeitsgemeinschaft auch die Betriebskostenzuschüsse) 25.362.000 + 200.000 = <u>25.562.000</u> <u>UT 2:</u> Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung 7.593.000 + 1.250.000 = <u>8.843.000</u>			

65

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) 893 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen (Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert) <u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 6: Förderung von Investition</u> <u>a: Familienbildungsstätten</u> <u>1.400.000 - 300.000 = 1.100.000</u> <u>b: Erziehungsberatungsstellen</u> <u>700.000 - 200.000 = 500.000</u>	3.100.000	- 500.000	2.600.000
TGr 61	Landesjugendplan (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Haushaltsvermerk unverändert) <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> <u>46.330.000 + 170.000 = 46.500.000</u> <u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 3: Förderung von Bildungsmaßnahmen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe sowie des Betriebs von Jugendkunstschulen (LJP I/3a, b, c, d)</u> <u>2.684.000 + 15.000 = 2.663.000</u>	138.495.000	+ 1.950.000	140.445.000

4907

B6

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) (684 61)	<p><u>UT 7</u> : Förderung internationaler Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit (LJP I/10 a) 575.000 + 425.000 = <u>1.000.000</u></p> <p><u>UT 8</u> : <u>Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen und Förderung von Informationsfahrten nach Berlin, an die Grenze zur DDR, in die DDR, Begegnungsfahrten in die DDR und nach Berlin (Ost) sowie Fahrten im Rahmen der Versöhnungsarbeit (LJP I/11a)</u> 830.000 DM + 1.000.000 DM = <u>1.830.000 DM</u></p> <p><u>UT 9</u>: Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens (LJP I/12 a und b) 1.100.000 + 500.000 = <u>1.600.000</u></p> <p><u>UT 30</u>: Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender (LJP VI/6) 63.000 + 10.000 = <u>73.000</u></p> <p><u>Zu Unterteil 7: Der Mehrbetrag dient der Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches</u></p>			

7

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) 893 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instandsetzung und zur Ausstattung von Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit (Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert)	7.770.000	+ 500.000	8.270.000
TGR 64	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 22: Jugendherbergen (LJP V/6)</u> 2.150.000 + 500.000 = <u>2.650.000</u>			
653 64	Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes (Haushaltsvermerke unverändert) Zuweisungen an Gemeinden	810.000	+ 22.500	832.500
684 64	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> 2. Bei Einrichtungen ohne Internatsbetrieb durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 WGG (15.000 Unterrichtsstunden je 22,50 DM) <u>315.000 DM + 22.500 DM = 337.500 DM</u> Zuschüsse an freie Träger	31.368.100	+ 1.183.700	32.551.800

4907

88

8

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) (684 64)	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> - für die Teilnehmerkosten gem. § 26 WbG <u>3,00 DM.</u> 2. Bei Einrichtungen ohne Internatsbetrieb durchgeführte Unterrichtsstunden nach § 24 Abs. 4 WGG (629.118 Unterrichtsstunden je <u>22,50 DM).</u> 13.211.478 DM + 943.677 DM = <u>14.155.155 DM</u> 7. Teilnehmerkosten gem. § 26 WbG <u>240.000 DM</u>			
TGr 66	(Folgewirkung der Beschlüsse des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu § 10 Abs. 1 HG 1990) Veranstaltungen, Untersuchungen und Informa- tionsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbil- dungswesens (Haushaltsvermerke unverändert)	100.000	+	445.000
526 66	Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben	361.000	-	16.000
684 66	Zuschüsse an freie Träger <u>Der Sperrvermerk ist zu streichen.</u>			

4907

89

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) TGr 70	Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
863 70	Darlehen für Baumaßnahmen und für den Erwerb an Träger der freien Jugendhilfe	2.300.000	- 300.000	2.000.000
893 70	Zuschüsse für die Ausstattung der bei Titel 863 70 genannten Einrichtungen an Träger der freien Jugendhilfe (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	2.600.000	- 200.000	2.400.000
TGr 81	Förderung der Betriebskosten von Kindergärten nach den Vorschriften des Kindergartengesetzes <u>Änderung Haushaltsvermerke:</u> 3. Die Ausgaben sind in Höhe von 10.000.000 DM gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben der Titel 643 82 und 671 82.			
TGr 82	Förderung der Betriebskosten von anderen Tages- einrichtungen für Kinder und der Investitions- kosten von Kindergärten und anderen Tagesein- richtungen für Kinder (Haushaltsvermerke unverändert)			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) 893 82	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder (Haushaltsvermerke unverändert)	35.000.000	+ 10.500.000	45.500.000
07 060	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 50.000.000 + 4.900.000 = <u>54.900.000</u> <u>Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge</u>			
684 15	Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens" <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 420.000 + 20.000 = <u>440.000</u> <u>Änderung der Erläuterungen:</u> In der Stellenübersicht bei der institutionellen Förderung sind folgende Stellen auszubringen: <u>1 Stelle der Verg.Gr. III/IV a BAT</u> (KW zum 01.01.1994) <u>1 Stelle der Verg.Gr. VI b/VII BAT</u> (KW zum 01.08.1990)	1.377.000	+ 90.000	1.467.000

11

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>07 080</u>	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
TGr 63	Maßnahmen auf dem Gebiet des epidemiologischen und allgemeinen medizinischen Gesundheitsschutzes (Haushaltsvermerke unverändert)			
526 63	Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	2.250.000	- 130.000	2.120.000
TGr 64	Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS) (Haushaltsvermerke unverändert)			
684 64	Zuschüsse an freie Träger (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	6.010.000	+ 500.000	6.510.000
TGr 71	Bekämpfung der Suchtgefahren (Haushaltsvermerke unverändert)			
531 71	Öffentlichkeitsarbeit <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> <u>0 + 1.000.000 = 1.000.000</u>	50.000	+ 1.500.000	1.550.000

4907

812

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 080) (531 71)	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> <u>UT 6: Niederschwellige Angebote</u> <u>UT 8: Sonstiges (Öffentlichkeitsarbeit, Dro- gentelefone, Zeitschrift "Inforum" u.a.)</u> 50.000 + 1.500.000 = <u>1.550.000</u>			
TGr 73	Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Ret- tungsdienst an Gemeinden (GV) (Haushaltsvermerke unverändert)			
653 73	Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungs- dienstes	10.620.000	- 620.000	10.000.000
<u>07 110</u>	<u>Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz</u>			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter)	4.655.000	+ 270.000	4.925.000
<u>07 210</u>	<u>Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte</u>			
532 00	Auslagen in Rechtssachen	8.000.000	- 500.000	7.500.000
<u>07 310</u>	<u>Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf</u>			

4907

813

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 310) 681 00	Unfallentschädigung (Haushaltsvermerke unverändert)	36.000.000	- 200.000	35.800.000
07 430	<u>Staatsbad Oeynhausen</u>			
684 00	Zuschuß zu den Betriebskosten der Krankenhaus- betriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH (Herz- zentrum NW) <u>Die Erläuterungen werden wie folgt gefaßt:</u> <u>Vorgesehen ist die Übernahme der von den Pfl-</u> <u>gesätzen nicht gedeckten Personal- und Sachko-</u> <u>sten im Rahmen des Kooperationsvertrages zwi-</u> <u>schen der Ruhr-Universität Bochum und der Kran-</u> <u>kenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen GmbH.</u>	750.000	--	750.000
	Änderungen des 40. Landesjugendplans (Beilage 3 zu Einzelplan 07)			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
I 3b	I BILDUNGSAUFGABEN Bildungsarbeit im Rahmen der jugendpflegerischen Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender	221.900	+ 30.000	251.900
I 3d	Bildungsarbeit im Rahmen von Aktivitäten sonstiger Träger der Jugendarbeit	475.500	- 15.000	460.500
I 5	Förderung des Dachverbandes der Landesschülerpresse	30.000	+ 15.000	45.000
I 10a	Internationale Jugendbegegnungen im Rahmen der Jugendarbeit	575.000	+ 425.000	1.000.000
I 11	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Der Mehrbetrag dient der Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches. Für Deutsch-deutsche Jugendbegegnungen, Berlin-Reisen und Berlin-Seminare, Fahrten an die Grenze zur DDR, Reisen in die DDR, Begegnungsmaßnahmen mit Jugendlichen aus der DDR sowie Fahrten zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus	830.000	+ 1.000.000	1.830.000
	a) im Rahmen der Jugendarbeit			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
I 12b	Erprobung zukunftsweisender Initiativen	500.000	+ 500.000	1.000.000
V 6	V BAUPROGRAMME Jugendherbergen	2.150.000	+ 500.000	2.650.000
VI 6	VI PLANUNGS- UND LEITUNGSAUFGABEN Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivil- dienstleistender	63.000	+ 10.000	73.000
Abschluß Einzelplan 07				
	Gesamteinnahmen	940.868.800	+ 250.000	941.118.800
	Gesamtausgaben	5.446.587.400	+ 21.026.200	5.467.613.600
	Verpflichtungsermächtigungen	1.305.521.000	+ 6.990.000	1.312.511.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	Kapitel 07 110 <u>Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz</u>			
	Titel 422 10 <u>Bezüge der Beamten (und Richter)</u>			
A 13	<u>Planstellen</u> Regierungsgewerberat Haushaltsvermerk: davon 5 Stellen kw 31.12.1991	13	+ 3	16
	Gewerbemedizinalrat	9	- 1	8
A 10	Gewerbeoberinspektor Haushaltsvermerk: davon 4 Stellen kw 31.12.1991	15	+ 2	17
	<u>Stellen für beamtete Hilfskräfte</u> Beamte auf Probe bis zur Anstellung			
A 13 z.A.	Gewerbemedizinalräte z.A. davon - (1) Stelle für Gewerbemedizinalräte z.A. Kw-Einsparung aus 1985 Abgang: 2 Stellen der BesGr A 13 (GMR) durch a) Umwandlung in eine Planstelle (1 Stelle) b) Realisierung des kw-Vermerkes (1 Stelle)	1	+ 1 -	1

4907

817

17

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
-----------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------	------------------

Kapitel 07 120 Institut "Arbeit und Technik"

Titel 425 10 Bezüge der Angestellten

In den Erläuterungen zu Titel 425 10 werden der Satz "Folgende Stellen sind kw (31.12.1991)" sowie die anschließende Tabelle gestrichen.

- unverändert -

Titel 426 10 Bezüge der Arbeiter

In den Erläuterungen zu Titel 426 10 wird der Hinweis bei Dienststart 01 "diese Stelle ist kw (31.12.1991)" gestrichen.

- unverändert -

4907

318

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	Mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
-----------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------	------------------

Kapitel 07 220 Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel 425 10 Bezüge der Angestellten

VII/VIII
BAT

Dienstort 02 (Büro-, Registratur- und Kassendienst)

229 + 95 324

Dienstort 07 (Protokolldienst)
(Korrektur der Stellenführung)

95 - 95 --

4907

819

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Kapitel 07 330 Dienststellen der Kriegs-</u> <u>opferversorgung</u>			
	<u>Titelgruppe 60 Zur Deckung eines beson-</u> <u>deren Verwaltungsbedarfs</u>			
	<u>Titel 425 60 Personalausgaben</u>			
	Die Erläuterungen zu Titel 425 60 werden wie folgt geändert bzw. ergänzt:			
Vib/VII	<u>Stellen für Angestellte</u> Dienststart 01 (Büro-, Registratur-, Kassen- und sonstiger Dienst)	286	- 11	275
VII/VIII BAT	Dienststart 02 (Schreibdienst)	301	- 4	297
	<u>Zu Dienststart 01:</u> davon 36 (47) Stellen der VergGr. VI b/VII BAT kw-Einsparungen 1986 6 (-) Stellen der VergGr. Vib/VII BAT kw			
	<u>Zu Dienststart 02:</u> davon 12 (10) Stellen der VergGr VII/VII BAT kw			

4907

820

20

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
-----------------------------------	--	---------------------------------	-------------------------	------------------

Kapitel 07 510 Landesstelle für Aus-
siedler und ausländische
Flüchtlinge in Nordrhein-
Westfalen

Titel 425 10 Bezüge der Angestellten

Die Erläuterungen zu Titel 425 10 werden
wie folgt geändert:

IV b
BAT

Dienstort 01 (Sachbearbeiter)
Bei 5 Stellen der VergGr. IV b BAT wird
der kw-Vermerk "31.12.1991" durch den
kw-Vermerk "31.12.92" ersetzt.

- unverändert -

VII/VIII
BAT

Dienstort 02 (Büro-, Registratur- und
Kassendienst)
Bei 4 Stellen der VergGr VII/VIII BAT
wird der kw-Vermerk "31.12.1991" durch
den kw-Vermerk "31.12.1992" ersetzt.

4907

B 21

21

4907

822

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 2 Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes. Gr. Verg. Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Personalsoll Einzelplan 07</u>			
	Planmäßige Beamte	2.253	+ 4	2.257
	Beamtete Hilfskräfte	58	-	58
	Angestellte	3.111	-	3.111
	Arbeiter	382	-	382
	<u>Titelgruppen</u>			
	Planmäßige Beamte	38	-	38
	Angestellte	597	- 15	582
	Insgesamt	6.439	- 11	6.428